

Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse: 5. Folge

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1986). *Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse: 5. Folge*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-399131>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig

Sozial-statistische Daten-Fakten-Erkenntnisse

- 5. Folge -

zusammengestellt und bearbeitet
von
Dr. sc. Arnold Pinther

Leipzig, Januar 1986

Inhalt

I. Die ökonomische Position der DDR im Ländervergleich

Industrielle Produktion ausgewählter Länder 1970 - 1983

Anteil der Beschäftigten in verschiedenen Ländern

Anteil weiblicher Berufstätiger in sozialistischen und kapitalistischen Ländern

Arbeitslosenquoten in kapitalistischen Ländern

II. Die Bevölkerungsaufteilung in der DDR und ihr Arbeitsvermögen

Bevölkerungsentwicklung / Bevölkerungsverluste

Urbanisierungsgrad der Bevölkerung

Arbeitsfähigkeit

Berufstätige in Industrie und Landwirtschaft verschiedener Bezirke

Arbeitsanteil der Frauen, Teilzeitbeschäftigung

Qualifikation der Werktätigen

Leistungs- und gesellschaftliche Funktionen

Schichtarbeit

III. Demografische Entwicklungen und Bewegungen

Lebenserwartung, Geburten und Gestorbene

Geburten unverheirateter Mütter

Familienstand der DDR-Bevölkerung

Ehescheidungen / mitbetroffene Kinder

IV. Erziehung und Bildung

Kinderkrippen

Kindergärten

Schulabgänger

Lehrlinge, Lehrlingswohnheime

Freizeit / Jugendklubs

Hoch- und Fachschulen

Studierende an Hoch- und Fachschulen

Geschlechteranteile bei Studierenden

Promotionen und Geschlechteranteile an Promotionen und Hochschulfunktionen

V. Sozial-statistische Daten zu materiellen Bedingungen

Produziertes Nationaleinkommen insgesamt und pro Kopf 1970 - 1984
Sparguthaben der Bevölkerung
Einkommensstruktur nach Wirtschaftsbereichen
Haushaltausstattung der Bevölkerung
Produktion wichtiger Haushalt-Industriegüter
Dienstleistungen
Wohnungen und Wohnungsbau / Entwicklung
Wohnungsbau in verschiedenen Bezirken
Ausgaben der Bevölkerung für Industriewaren und Lebensmittel
Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln

VI. Gesundheitswesen / Gesundheitsprobleme

Internationaler Stand der ärztlichen Versorgung
Internationaler Vergleich Krankenhausbetten
Fachärztliche Betreuung der Bevölkerung
Arbeitsunfähigkeit nach Tagen und nach Altersgruppen
Unfälle, Straßenverkehrsunfälle
Geschlechtskrankheiten
Jugendgesundheitsschutz und spezielle Fragen
Umweltproblematik / Kontamination

VII. Anhang: Kirchen und religiöse Einrichtungen

VIII. Quellenübersicht

I. Die ökonomische Position der DDR im Ländervergleich

In den vergangenen Jahren vollzogen sich in der DDR durch langfristiges, kontinuierliches Wachstum große Veränderungen in bezug auf die Volkswirtschaft insgesamt, die Arbeitsproduktivität und die Arbeitskräftebewegung.¹ Solche Veränderungen kennzeichnen im Ganzen die Entwicklungen auch in anderen Ländern des sozialistischen Lagers, deren Dynamik im Vergleich zu kapitalistischen Wirtschaftssystemen sehr deutlich hervorgetreten ist. Wenngleich neueste Zahlen noch ausstehen, so weisen die (hier) zugrundegelegten Vergleichsdaten diesen Prozeß und seine Differenzierungen schon aus. Sie lassen erkennen, daß die sozialistische Wirtschaft ihre Überlegenheit - gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Charakteristika von Profit, Krisen und Arbeitslosigkeit - weiter vervollkommnet.

Zwischen 1970 und 1983 erhöhte sich der Index der industriellen Produktion folgendermaßen:

Industrielle Produktion ausgewählter Länder, 1983, gemessen am Stand des Jahres 1970, Steigerungsfaktor in Prozent

<u>sozialistische Länder</u>		<u>kapitalistische Länder</u>	
Bulgarien	234	Griechenland	186
UdSSR	198	Finnland	167
DDR	196	Japan	158
Polen	191	Oesterreich	145
CSSR	184	USA	137
Ungarn	171	Frankreich	132
Rumänien (nicht gemeldet)		Italien	131
		Belgien	125
		BRD	119
		Großbritannien	113

¹ Beispielsweise wurde in der DDR je Berufstätiger in den produzierenden Bereichen 1984 ein Nationaleinkommen von 32 246,- M erzeugt. Im Jahr 1949 waren es dagegen 3 680,-, das bedeutet eine Entwicklung auf mehr als das Neunfache. Unser Nationaleinkommen stieg allein in den Jahren von 1980 - 1984 von 187 Milliarden auf 222 Milliarden, das ist eine Steigerung von 18,7 %.

Ein bedeutender Faktor des materiellen Lebensniveaus und der sozialen Lage der Bevölkerung ist der Anteil der Beschäftigten in den jeweiligen Volkswirtschaften. Er kann - neben anderem - als ein Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung, ebenso auch als eine Voraussetzung für das industrielle Wachstum der Produktion gelten.

Im Anteil der Beschäftigten ist zugleich eine Bedingung für den Produktions- und Reproduktionsprozeß gegeben.

Allerdings ist die Zahl der Arbeitsfähigen immer abhängig von der Bevölkerungsstruktur und dem Bevölkerungswachstum, dennoch ist vor allem die Zahl der Berufstätigen unter den Arbeitsfähigen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt.

Die folgenden beiden Tabellen unterrichten über einige Entwicklungstendenzen.

Anteil der Beschäftigten in ausgewählten Ländern (in %)

<u>RGW-Staaten</u>			<u>kapitalistische Länder</u>		
	1970	1981	1972	1981	
DDR	48,3	49,8	BRD	44,0	42,2
CSSR	42,5	44,8	Großbritannien	47,6	41,3
UdSSR	37,1	42,6	Frankreich	39,8	33,9
Ungarn	35,0	37,5	Belgien	38,1	37,2
Bulgarien	32,4	44,7	Japan	47,9	47,4
Polen	31,6	35,5	Schweden	47,6	50,8
Rumänien	25,2	33,3	USA	39,3	43,7

Dem Anstieg in sämtlichen RGW-Ländern stehen - mit Ausnahme von Schweden und den USA - rückläufige Zahlen in anderen kapitalistischen Ländern gegenüber. Die gegenwärtige Wirtschaftssituation und ansteigende Arbeitslosenzahlen in den meisten kapitalistischen Ländern lassen vermuten, daß die regressiven Tendenzen sich bis heute noch mehr und kräftiger markieren.

Ein wesentliches Kennzeichen für die aktive Teilnahme an der Entwicklung der Wirtschaft überhaupt, gleichzeitig ein Hinweis für den Stand der Gleichberechtigung, ist die Beschäftigung von Frauen in den Volkswirtschaften. Das Streben der Frau nach Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion - eine der bedeutungsvollsten Erscheinungen der Gegenwart - stößt aber in den kapita-

listischen Ländern auf die Widersprüche des sozialökonomischen Systems, das nicht für alle Arbeit hat. Dagegen demonstrieren die sozialistischen Länder ihre politische und sozialpolitische Überlegenheit, wie unschwer zu erkennen ist:

Anteil weiblicher Berufstätiger in sozialistischen und kapitalistischen Ländern insgesamt (in %)

<u>sozialistische Länder</u>	<u>Bezugsjahr</u>	<u>kapitalistische Länder</u>	<u>Bezugsjahr</u>
DDR	50,3	1984 ¹	Schweden 45,2 1980
Bulgarien	49,3	1983	USA 42,3 1982
Polen	43,7	1983	Großbritannien 39,1 1981
CSSR	46,8	1983	Frankreich 38,9 1981
UdSSR	51,0	1983	Belgien 38,2 1980
Ungarn	45,6	1983	Japan 37,7 1980

1 In der DDR waren 1984 4,196 Mill. Frauen berufstätig, das sind rund 446 000 mehr als im Jahr 1970.

Der rechten Tabelle ist hinzuzufügen, daß in den den Bezugsjahren folgenden Jahren die Frauenanteile weiterhin rückläufig waren. So schließen z.B. die in dortigen Statistiken verwendeten Begriffe: "Im Erwerbsleben stehend" oder "erwerbstätige Frauen" auch zeitweilige Arbeitslosigkeit mit ein, von der bekanntermaßen die Frauen am stärksten mitbetroffen sind. (Kennzeichnend für die diskriminierenden Einstellungen der kapitalistischen "Arbeitgeber" gegenüber Frauen ist die Tatsache, daß bereits 1977 in den Ländern der EWG von 5,9 Mill. Arbeitslosen 3,6 Mill. Frauen - davon 40 % unter 25 Jahren - betroffen waren. Schon 1977 war die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen gegenüber 1971 auf das Zweieinhalbfache angestiegen.)

In diesem Zusammenhang interessiert der Anteil der Arbeitslosen in kapitalistischen Ländern. Diese Zahlen bzw. Anteile schließen aber sogar in der Regel jene Jugendlichen aus, die bisher noch nicht im Erwerbsleben standen, also von der Schule kommend, noch keinen Arbeitsplatz erhielten. In Wirklichkeit ist der Stand der Arbeitslosen demzufolge höher als die in diesen Statistiken ausgewiesenen Anteile.

Zudem konnten bei den hier zur Verfügung stehenden Zahlen die inzwischen noch weiter angewachsenen Anteile der Arbeitslosen nicht mit herangezogen werden.

Arbeitslosenquoten ausgewählter Länder (Prozent der registrierten Arbeitslosen an den Beschäftigten), Stand 1980¹

Belgien	9,4	Niederlande	4,9
Italien	8,1	BRD	3,8 ²
USA	7,1	Japan	2,0
Großbritannien	6,9	Österreich	1,9
Frankreich	6,5	Schweden	1,9
Dänemark	6,2		

1 Wegen der unterschiedlichen Berechnungsmethoden sind die Zahlen nur bedingt vergleichbar. Quelle: EC, ILO, OECD, Institut für Deutsche Wirtschaft, Statistik der BRD, 1981

2 Zwischenzeitlich ist, wie zu erwarten war, die Arbeitslosenquote der BRD stark angestiegen. Die Betrag im November 1985 laut Bundesamt für Arbeit der BRD 8,7 %. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren erhöhte sich bis November 1985 auf nunmehr 600 000, das sind 11,5 % aller infragekommenden jugendlichen Arbeitsfähigen; im November 1985 wurden außerdem 15 000 arbeitslose Akademiker gezählt.

Nach neuesten Meldungen der EC waren Ende September 1985 in den 10 westeuropäischen Ländern offiziell 12,67 Millionen Arbeitslose registriert worden. Damit sind 10,8 % der Arbeitsfähigen ohne Arbeit!

II. Bevölkerungsaufteilung in der DDR und ihr Arbeitsvermögen

Mit Ablauf des Jahres 1984 lebten in der DDR 16,670 Millionen Bürger. Das sind 29 000 weniger als im Jahr 1983, obwohl die Zahl der Geburten um mehr als 6 930 höher war als die der Gestorbenen. Insofern ist der tatsächliche Bevölkerungsverlust größer, nämlich 35 930. Er muß insbesondere auf Abwanderung (v.a. auf Ausreise aus der DDR) zurückgeführt werden.

Unabhängig davon setzt sich die schon im Bericht für 1984 erwähnte rückläufige Bevölkerungsentwicklung fort. Der Bevölkerungsverlust beträgt im Vergleich zum Jahr 1974 rund 373 000.

Zugenommen hat der Urbanisierungsgrad (Verstädterung).

Gegenwärtig leben rund 24 % der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, dagegen 76 % in Orten und Städten mit mehr als 2000 Einwohnern. In den 15 Großstädten der DDR leben 26 % und in Berlin, Hauptstadt der DDR, weitere 7 %.

Die Urbanisierung wird sich noch weiter fortsetzen, sie führt einerseits zur Vergrößerung der Bevölkerungsanteile in der Stadt, dabei andererseits zu sehr drastischem Absinken der Landbevölkerung in kleinen Gemeinden. Das ist nicht problemlos in Anbetracht der zunehmenden Überalterung der dortigen Bevölkerung bei gleichzeitiger Abnahme ihres Arbeitskräftevermögens!

Auf das Ganze besehen, nahm jedoch - trotz des Bevölkerungschwundes - die Zahl der Arbeitsfähigen seit 1970 kontinuierlich zu und ist jetzt um 9 % höher als vor 15 Jahren.

10,8 Millionen Bürger befinden sich im arbeitsfähigen Alter, das sind 64,4 % (3,1 Mill. sind Kinder = 18,7 %; 2,8 Mill. befinden sich im Rentenalter = 16,7 %).

Ausschlaggebend für die weitere positive Entwicklung der Arbeitsfähigen wird sein, daß die Zahl der Männer, die bis 1990 in das Rentenalter eintreten, wesentlich geringer ist, als die Anzahl der neu in den Arbeitsprozeß eintretenden männlichen Jugendlichen. Die Zahl der 18jährigen wird um das Fünffache höher sein als die Zahl der dann 65jährigen. Dadurch kann ein Anstieg des Arbeitsvermögens - zumindest bis 1990 - prognostiziert werden.

Arbeitsfähigkeit bezieht sich aber nicht allein auf das Lebensalter und auch nicht nur auf den Gesundheitszustand; sie muß unter unseren Bedingungen durch lebenslanges Lernen erhalten werden, um den jeweiligen Anforderungen angepaßt zu sein (vgl. Ab-

schnitt Bildung/Qualifikation). Im Verlaufe der Zeit änderte sich auch die Geschlechterproportion der Arbeitsfähigen. Im Jahre 1949 gab es "nur" 49 % arbeitsfähiger Männer (Folge des Krieges). Heute beträgt die Zahl der männlichen Arbeitsfähigen 51,3 %, wobei allerdings das spätere Rentenalter der Männer im Vergleich zu den Frauen in Rechnung gestellt werden muß.

In bezug auf Arbeitsfähigkeit interessiert der Anteil Jugendlicher. Grob gerechnet beginnt die Arbeitsfähigkeit ab 16. Lebensjahr. Hierzu zeigt sich folgende Verteilung:

Anteil Jugendlicher an der arbeitsfähigen Bevölkerung:

16 bis unter 18 Jahre	=	4,5 %	
18 bis unter 21 Jahre	=	7,7 %	
21 bis unter 25 Jahre	=	10,5 %	
25 bis unter 30 Jahre	=	11,9 %	= <u>34,6 % der Arbeitsfähigen</u>

Der geringste Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung liegt gegenwärtig in der Altersstufe zwischen 35 und 40 Jahren. Das ist im Hinblick auf die Potenzen ausgebildeter, langjähriger erfahrener Arbeiter bzw. Kader nicht unerheblich. Zurückzuführen ist diese Erscheinung auf die geringen Geburten zwischen 1945 und 1950.

Trotz vieler Annäherungstendenzen ist die Anzahl der Berufstätigen zwischen den einzelnen Bezirken noch etwas unterschiedlich. Sie betrug beispielweise (1982) im Bezirk Neubrandenburg 47,5 %, im Bezirk Karl-Marx-Stadt aber 50,7 %. Entsprechend der verschiedenartigen wirtschaftlichen Schwerpunktbereiche waren die Berufstätigen aus Industrie und Landwirtschaft unterschiedlich verteilt. Gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung ergab sich beispielsweise (berechnet auf das Jahr 1982!) folgende Verteilung:

Anteil der Berufstätigen in der Industrie und in der Landwirtschaft des jeweiligen Bezirkes (Auszug)

<u>Bezirk</u>	<u>Anteil Industrie</u>	<u>Anteil Landwirtschaft</u>
Neubrandenburg	20,4	26,4
Potsdam	31,2	16,2
Halle	45,3	9,5
Karl-Marx-Stadt	48,7	5,8

Allein daraus ist schon ersichtlich, wo die industriellen und wo die agrarischen Ballungsgebiete liegen. Erstere haben auch eine weitaus größere Bevölkerungsdichte aufzuweisen (Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Leipzig mit durchschnittlich 261 Einwohnern auf je km², Rostock, Schwerin und Neubrandenburg mit 79 Einwohnern je km²). In den letztgenannten drei Nordbezirken leben auf einem Viertel der Gesamtfläche der DDR "nur" 13 Prozent unserer Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang sollen nur wenige Anmerkungen zum Arbeitsanteil der Frauen gemacht werden (ausführliche Daten und Zahlen in "Demografische Informationen", Nr. 27). Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung liegt zur Zeit bei 91,5 %; rund 4,8 Millionen Frauen und Mädchen sind damit berufstätig.

Die Zahl der verkürzt arbeitenden bzw. teilzeitbeschäftigten Frauen verringerte sich seit 1980 um 1,5 % und beträgt jetzt 27,9 %. Innerhalb der Bezirke gab es jedoch deutliche Unterschiede. 1984 war der Anteil der teilzeitarbeitenden Frauen im Bezirk Neubrandenburg mit 19,8 % registriert worden; in Berlin mit 20,3 %, in Suhl dagegen mit 36,2 %, und in Karl-Marx-Stadt lag er sogar bei 37,4 %. Unter den verschiedenen Ursachen für diese Differenzierungen muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Südbezirke eine sehr hohe Zahl weiblicher Arbeitspendler (aus kleineren Ortschaften der engeren und weiteren Umgebung) aufweisen und die dortigen Verkehrsverbindungen mitunter eine verkürzte Beschäftigungszeit erfordern. Die höchsten Anteile verkürzter Arbeitszeit liegen darüber hinaus in Bereichen des produzierenden (Klein-)Handwerks (das in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Suhl besonders stark vertreten ist), sowie in den Bereichen Post- und Fernmeldewesen und Handel.

Qualifikation der Werktätigen

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Qualifikation, damit auch der Qualifizierungsstand der Werktätigen unseres Landes wesentlich erhöht. Darauf wurde in den bisherigen Folgen dieses Jahresberichtes ausführlich eingegangen. Deshalb seien nur wenige Daten als Eckziffern angeführt:

Der Anteil von Facharbeitern an der berufstätigen Bevölkerung belief sich 1952 auf = 26 %; 1971 auf = 42 %; Ende 1984 auf = 84 %. Zu diesem Zeitpunkt hatten 88 % der Männer und 80,4 % der Frauen

eine abgeschlossene Berufsausbildung, darunter 21 % einen Fach- oder Hochschulabschluß.

Der Facharbeiteranteil von Frauen in der industriellen Produktion betrug 68,4 % (1980 = 55,3 %).

In der Landwirtschaft gab es 1963 = 18 % Facharbeiter und Meister, inzwischen stieg dort der Ausbildungsstand ganz erheblich; er betrug 1983 insgesamt 90 % Facharbeiter und Meister. Dies alles zeugt von unserer kontinuierlichen Bildungspolitik, gleichzeitig aber auch von der großen Bildungswilligkeit der Werktätigen, die ihre Fortsetzung finden wird. Damit werden wesentliche Voraussetzungen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erfüllt.

Dies zugrundeliegend, kann auch ein gestiegenes und profiliertes gesellschaftliches Bewußtsein vieler unserer Menschen konstatiert werden. Es findet seinen Ausdruck in mannigfacher Weise und variantenreichen Aktivitäten, dabei auch in sehr differenzierter, vom Qualifikationsstand und von der sozialstrukturellen familiären Konstellation abhängigen Art. Aus Untersuchungen des ISS (VD 41/84) wurde folgende Übersicht zusammengestellt:

Leitungsfunktionen, gesellschaftliche Funktionen, Schicht

(in Prozent)

soziale Zugehörigkeit	Leitungsfunktion			gesellschaftliche Funktion	
	Frauen	Männer	beide	Frauen	Männer
Arbeiterfamilien:					
beide Arbeiter	11	20	6	34	45
einer Arbeiter	16	18	4	54	65
Angestelltenfamilien:	19	52	14	59	84
Intelligenzfamilien:					
beide Intell.	33	49	20	72	89
einer Intell.	17	46	12	67	87
Gesamtdurchschnitt:	19	36	10	51	67

- und Teilzeitarbeit

Schichtarbeit		Teilzeit-
Frauen	Männer	arbeit
		Frauen
20	43	26
7	48	34
10	19	24
6	3	10
10	7	38
11	24	24

Das Material beruht auf einer umfangreichen Forschung zur Lebensweise von Familien in der DDR.

VD - ZIJ - 87/85
Blatt 12/20. Ausf

Ersichtlich wird, daß bezüglich der Leitungsfunktionen und dem Wahrnehmen gesellschaftlicher Funktionen Frauen und Männer aus Intelligenzfamilien (darunter mehr Männer) in größerem Umfange solche Tätigkeiten ausüben als Angestellte und Arbeiter. Dies kann nicht verwundern, weil sich mit höherem Bildungsgrad oft auch Leitungs- und gesellschaftliche Funktionen stärker verzahnen. Im Gegensatz dazu sind Männer und Frauen aus Arbeiterfamilien öfter im Schichtdienst tätig als Angehörige der Intelligenz und Angestellte. Auch dies ist im Hinblick auf die jeweilige Tätigkeitsstruktur verständlich. Nach einer Mitteilung des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne arbeiteten von den Produktionsarbeitern in der Industrie 58 % einschichtig, 13 % zweischichtig und 29 % dreischichtig. Das heißt, 42 % aller Produktionsarbeiter in der Industrie sind Schichtarbeiter! Bei den Frauen sind 153 000 im Schichtsystem beschäftigt, dies bedeutet einen Anteil von 30 % an allen Schichtarbeitern. (1984 arbeiteten z.B. insgesamt - einschließlich Landwirtschaft - 44 880 vollbeschäftigte Mütter mit zwei und mehr Kindern im Schichtsystem. Die generelle Tendenz weist allerdings auf weitere Abnahme der schichtarbeitenden Mütter hin.) -

Aus der Gesamtheit aller Ergebnisse aus der Übersicht geht hervor, daß sich sehr viele unserer Werktätigen in verschiedenen Bereichen der Ökonomie und des gesellschaftlichen Lebens in hohem Maße für unseren Staat engagieren.

III. Demografische Entwicklungen und Bewegungen

Lebenserwartung, Geburten, Gestorbene

Gegenwärtig beträgt die mittlere Lebenserwartung in der DDR für Männer 69 und für Frauen 75 Jahre. Sie stieg damit - seit Gründung unseres Staates - bei den Männern um fünf und bei den Frauen um sieben Jahre an. Solche Daten widerspiegeln die grundsätzlich günstige Entwicklung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung.

Zugleich ist diese Entwicklung auch ein Zeichen der geringen Säuglingssterblichkeit.¹

Bezüglich der Lebenserwartung gilt es weiterhin zu beachten, daß sich das Verhältnis der Sterbeziffern männlicher Personen zu denen weiblicher bereits ab 25. Lebensjahr zu Ungunsten der Männer verändert. Von diesem Zeitpunkt an relativiert sich der naturbedingte Geburtenüberschuß männlicher Personen (auf 100 Geburten von Mädchen kommen rund 106 Geburten von Jungen), um zwischen 40 bis 50 Jahren sehr deutlich und stark zunehmend zugunsten der weiblichen Bevölkerung auszuschlagen. Beeindruckend ist z.B., daß sich das oben angeführte Geschlechterverhältnis ins Gegenteil verkehrt - nämlich 112 weibliche auf 100 männliche Bürger. Wir haben - gerechnet auf die Gesamtbevölkerung - fast eine Million Frauen mehr als Männer, was schließlich auch ausschlaggebend ist für den sehr großen Anteil nichtverheirateter, geschiedener, verwitweter Frauen in der DDR.

Geburten

Gegenüber 1974 erhöhten sich die Geborenenzahlen bis 1980 relativ stark. Struktureffekte und bestimmte Effekte sozialpolitischer Maßnahmen trugen zu diesem Aufschwung bei; auch die Vorverlegung ursprünglich später geplanter Kinder muß hier einbezogen werden. In den folgenden Jahren ging das Geburtengeschehen zurück; die Fruchtbarkeitsziffer sank; allein von 1983 = 66,1 auf 1984 = 63,1; und es ist auch nicht anzunehmen, daß in den kommenden Jahren die Geburtenziffer wieder deutlich ansteigt!

Obwohl seit einigen Jahren die Anzahl der Geburten erfreulicherweise stets größer ist als die der Gestorbenen, geht auch der Geburtenüberschuß (1982 = + 12 120, aber 1984 nur noch = + 6 950) wieder zurück. Insgesamt bleibt das Geburtenniveau hinter der erforderlichen Rate für die einfache Reproduktion der Bevölkerung?

¹ Dennoch verstarben 1984 2 300 Säuglinge (davon wiederum mit höherem Anteil Mädchen und Knaben unverheirateter Mütter). Hinzu kommen weitere 1 230 Kinder, die totgeboren werden. Das ist ein Reproduktionsverlust von mehr als 3,5 Tausend (Wunsch-) Kindern!

Sie liegt bei 2 100 je 1000 Frauen bzw. bei 2 700 je 1000 fertile Ehen. 1984 betrug sie 1 740 Kinder pro 1000 Frauen. Damit wird die einfache Reproduktion nur noch zu 82 % gewährleistet. Es gilt also, sich auf längere Zeit mit dieser Tatsache abzufinden.

Geburten und Gestorbene seit 1980 (gerundet)

Geburten	je 1000 Bev.	Gestorbene	je 1000Bev.
1980: 245 000	14,6	238 000	14,2
1982: 240 000	14,4	228 000	13,7
1984: 228 000	13,7	221 000	13,3

Geburtenentwicklung und Bevölkerungswachstum hängen von verschiedenen Faktoren ab: a) von der Gesamtzahl der Geburten in Relation zur Bevölkerung, b) von dem Ersatz der Mittergeneration durch Mädchen, c) von dem Anteil der sterilen Frauen (7 %) und dem der sterilen Ehen überhaupt (= 13 % aller Ehen), d) von der Folgeanzahl der geborenen Kinder, insbesondere der Dritt- und Viertkinder.

1960 gab es beispielsweise 31 % Dritt- und Viertkinder, 1971 noch 24 %, 1984 knapp 12 %. Diesem Rückgang sollen die neuen sozialpolitischen Maßnahmen speziell für kinderreiche Familien, für alleinstehende Ehepartner mit drei Kindern und für Ehepaare mit vier Kindern entgegenwirken.¹

Interessanterweise "entstehen" die meisten der Drittkinder erst bei oder nach Wiederverheiratung - ein unerwarteter, positiver, Effekt der hohen Scheidungen!

Innerhalb der Geburtlichkeit bleibt die steigende Tendenz der Geburten unverheirateter Mütter

auffällig. 1984 wurden im Rahmen der oben angeführten Geburtenzahl 76 550 Kinder von nichtverheirateten Müttern geboren. Der Anstieg hat vermutlich viele Ursachen; vor allem aber sind es die gesellschaftlichen Bedingungen, nach denen sich Frauen ihren Kinderwunsch erfüllen können, ohne jeglicher Diskriminierung ausge-

¹ Z.Z. gibt es bei uns 46 865 kinderreiche Familien und 27 375 alleinstehende Bürger mit drei Kindern.

setzt zu sein; desweiteren, daß sie ohne den Partner auskommen, der zwar der Vater ihres Kindes ist, doch den Vorstellungen als Ehemann nicht entspricht; ferner wegen der sozialpolitischen Unterstützung, die der berufstätigen ledigen Mutter gewährt wird, und schließlich, weil man erst erproben möchte, ob man zusammenpaßt. Genossin Inge Lange äußerte dazu folgendes: "Nicht gering ist die Zahl von jungen Leuten, die diesen Schritt (Eheschließung, A.P.) lieber um einige Jahre hinausschieben, und dies nicht nur aus spekulativen Überlegungen. Dafür spricht der zunehmende Anteil von Kindern, die von ledigen Müttern geboren wurden. 1983 hatten fast 30 % der Eheschließenden bereits gemeinsame Kinder. Sie vollziehen also etwas nach, was sie für sich und die Kinder als notwendig und gut halten und gründen eine rechtskräftige Familie."

Rechnet man als Basiszahl der unehelich geborenen Kinder das Jahr 1975 mit 29,6 Tausend, dann hatte sich dieser Anteil 1984 um rund 48 Tausend erhöht. Im folgenden eine weitere Vergleichsübersicht:

Anteile verheirateter und unverheirateter Mütter

1965	91,2 %	9,8 %
1976	83,8 %	16,2 %
1984	66,4 %	33,6 %

In dieser Hinsicht ist es sicher auch belangvoll zu wissen, daß ein nicht unerheblicher Anteil der Mütter, nämlich 22,4 %, zwischen 14 bis unter 21 Jahre alt ist. Von diesen kamen 1984 fast 51 200 Geburten.

Theoretisch könnten die Geburtenzahlen noch höher liegen, denn etwa 50 % der Erstschwangerschaften wurden nicht ausgetragen, sondern sind (durch Interruptiones) abgebrochen worden - eine Zahl, die vom gynäkologischen Standpunkt auf Grund der ziemlich hohen Komplikationsrate für bedenklich angesehen wird. Schwangerschaftsabbruch ist keine Empfängnisverhütung! Er ist zwar das letzte, aber ungeeignetste Mittel für den jugendlichen Organismus, jedoch nicht selten das Resultat einer durch die Eltern des Mädchens verbotenen oder verhinderten Gelegenheit, hormonelle Empfängnisverhütungsmittel zu bekommen bzw. zu nutzen.

Familienstand der DDR-Bevölkerung

In den letzten Jahren haben sich weitere Veränderungen im Familienstand der DDR-Bevölkerung vollzogen, die sowohl auf Grund der Bevölkerungsstruktur wie auch als Folge der Heiratswilligkeit und der Scheidungsrate zustandekamen:

Die Zahl lediger Frauen und Männer in der Altersgruppe über 18 Jahre nahm im Vergleich zu 1970 um rund eine halbe Million zu; die der Verheirateten reduzierte sich hingegen um rund 300 000 bei gleichzeitigem Anstieg der Geschiedenen um ebenfalls rund 300 000! Die folgende Übersicht deutet die bisherigen Tendenzen an:

DDR-Bevölkerung über 18 Jahre in Millionen

Jahr	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
1970	1,7	8,5	1,6	0,5
1975	1,8	8,4	1,6	0,6
1980	2,1	8,3	1,5	0,8
1984	2,2 (rd. 20% Bev.)	8,2 (rd. 72% Bev.)	1,4	0,8

Obzwar sich gegenüber 1981 bis 1983 die Gesamtzahl der Eheschließenden im Jahr 1984 leicht erhöhte, sank aber der Anteil Jugendlicher an den Eheschließungen (von 66 % auf 61 % aller Heiraten). Das ist - neben weiteren Gründen - durch strukturelle Effekte, mehr aber noch durch die länger gewordene Zeit der beruflichen Ausbildung bzw. des Studienabschlusses bedingt und hat nunmehr auch zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Heiratsalters geführt.¹

¹ Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer beträgt 24,1 Jahre; (1980 = 23,4), das der ledigen Frauen 22,0 (1980 = 21,3). Der durchschnittliche Altersabstand beträgt bei Erstheirat rund 2,0 Jahre. - Das Heiratsalter vordem Geschiedener ist bei Männern 36,4, bei Frauen 33,3 Jahre, mit einem Altersabstand von 3,1 Jahren. Das Heiratsalter verwitweter Männer liegt bei 54,2 Jahren, für Frauen bei 46,6 Jahren und einem Altersabstand von 7,6 Jahren!

Ehescheidungen

Bekanntlich sind Ehescheidungen weiter im Ansteigen begriffen. Dieser Prozeß vollzieht sich ungeachtet anderer demografischer Entwicklungen.

Scheidungen sind Ausdruck unerfüllter oder nicht mehr erfüllter Partnererwartungen, aber auch in nicht wenigen Fällen zugleich Ausdruck gestiegenen Selbstbewußtseins der Frauen, von denen nach wie vor etwa zwei Drittel aller Scheidungsbegehren ausgehen. Sie kennzeichnen gleichzeitig selbstverantwortliche Entscheidungen über weiteres Zusammenleben. Dabei dürfen die negativen Effekte aller vor der Scheidung liegenden Dissonanzen und ihre Rückwirkungen auf die mitbetroffenen Kinder¹ nicht unbeachtet bleiben; ebenso aber auch die Tatsache, daß gestörte Ehebeziehungen sich nicht selten negativ auf Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft im Berufsleben und im gesellschaftlichen Leben auswirken. 1984 wurden von der Scheidung ihrer Eltern 51 280 Kinder und Jugendliche mitbetroffen.

Über die steigenden Scheidungszahlen informiert die folgende Zusammenstellung:

Entwicklung der Scheidungen

Jahr	Anzahl der Scheidungen (gerundet)	je 1000 Bev.
1960	24 500	1,4
1965	26 600	1,6
1970	27 400	1,6
1975	41 600	2,5
1980	49 600	2,7
1984	50 300	3,0

¹ 1984 waren in mehr als 71 % aller geschiedenen Ehen Kinder mitbetroffen, davon 26 % aus ehemaligen Familien mit zwei und mehr Kindern, deren Lebensumstände sich dadurch ändern mußten!

Nach wie vor sind junge Ehen besonders stark an der Scheidungsrate beteiligt. Waren es 1970 = 8 720 geschiedene Jungehen, deren Partner unter 25 Jahre alt gewesen sind, so 1983 = 20 250 - also rund 40 500 junge Frauen und Männer.

Im Jahr 1984 wurden über 38 % aller Scheidungen in Ehen ausgesprochen, die nicht länger als fünf Jahre existierten. Rechnet man den durchschnittlichen Bestand einer Ehe mit ca. 40 bis 50 Jahren, so ist dieser Anteil bedenklich hoch, wengleich manche frühzeitige Ehelösung einem lebenslangen Verdruss vorzuziehen ist.

Mit Ehescheidungen stehen auch Fragen des Wertewandels (Trend zu Lebensgemeinschaften¹) in Verbindung; bei Ehen jüngerer Partner treten hinzu: Ungefestigkeit der Partnerschaft durch mangelnde Verantwortung für die Ehe als Gemeinschaft und als stabilisierender Bereich für die in ihr aufwachsenden Kinder. Denn selbst in geschiedenen Ehen, deren Partner bei Eheschließung unter 21 Jahre alt war(en), sind schon mehr als der Hälfte Kinder vorhanden (54 %).

IV. Erziehung und Bildung

Kindereinrichtungen

Die Arbeit der Krippenerzieher nimmt einen sehr deutlichen und sehr positiven Einfluß auf die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Das wird in zunehmendem Maße von den jungen Müttern und Vätern anerkannt. Hochqualifizierte Fachkräfte ermöglichen eine sehr gute Betreuung, Steuerung und Erziehung der Kleinkinder. Die Krippeneinrichtungen sind ganz wesentliche Voraussetzungen dafür, daß Mütter ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Damit wurden Möglichkeiten geschaffen, Beruf und Mutterschaft in immer bessere Übereinstimmung zu bringen.

Die Entwicklung der Kinderkrippen zeigt einen enormen Anstieg, wenn man sich vor Augen hält, daß in der DDR im Jahr 1950 lediglich 7 280 Krippenplätze vorhanden waren; 1982 gab es dagegen

1 Die Problematik "Lebensgemeinschaften" wurde im vorigen Bericht ausführlich erörtert, sie wird deshalb hier nicht noch einmal aufgenommen.

310 000 Plätze, und 1985 werden es rund 350 000 Plätze sein. Damit haben sich die Möglichkeiten, den gestiegenen Bedarf zu decken, weiter erhöht. Von 1000 Kindern können jetzt durchschnittlich 692 eine Krippe besuchen. Dieser Versorgungsgrad stellt Weltspitze dar!

Allerdings ist der Versorgungsgrad territorial noch recht unterschiedlich. Als Beispiele sollen die Kapazitäten einiger DDR-Bezirke genannt werden:

Versorgungsgrad der Krippen in ausgewählten Bezirken

Berlin	780
Magdeburg	754
Leipzig	719
Erfurt	681
Suhl	648
Karl-Marx-Stadt	589
Dresden	561

Zum unterschiedlichen Versorgungsgrad äußerte Genossin Inge Lange u.a.: "In vielen Kreisen mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur liegt der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen erst zwischen 30 % und 40 %. In etwa der Hälfte der Landgemeinden, in denen 23 % unserer Republik leben und 25 % Kinder geboren werden, gibt es überhaupt keine Krippen". Hier sind also weitere Anstrengungen notwendig, um stärkere Annäherungen zu erreichen.

Die kinderfreundliche Politik der DDR erweist sich in vielfacher Hinsicht als sehr erfolgreich. Erstens sind Betreuung und Erziehung der Kinder in der Krippe kostenlos, und der Verpflegungszuschuß durch Eltern ist äußerst gering. Zweitens stehen die Kinder unter ständiger Obhut und Betreuung, die Krippenerzieher arbeiten eng mit den Eltern zusammen. Drittens sind die ständigen Zuschüsse des Staates hoch und steigen zunehmend. Die staatlichen Zuwendungen für die Beschaffung von Krippenplätzen betragen rund 8 000.- Mark pro Platz. Die staatliche Unterstützung für die Kinderkrippen und -heime - sie betrug 1965 = 279 Millionen Mark - erhöhte sich auf rund 800 Millionen Mark im Jahr 1982. Der durchschnittliche Auslastungsgrad der Krippen beträgt ca. 83,5 %; die Differenz zu Hundert ergibt sich aus Fehltagen der Kinder wegen Erkrankungen und aus anderen familiären Gründen.

Kindergärten besitzen bereits einen völlig ausreichenden Versorgungsgrad. Jedes Elternpaar bzw. jede Mutter/jeder Vater, die es wünschen, können ihr Kind zur Betreuung und Erziehung im Sinne einer optimalen Persönlichkeitsförderung im Kindergarten unterbringen. Gegenüber der territorialen Situation bei Krippen gibt es bezüglich der Kindergärten eine weitgehende Angleichung. Der Versorgungsgrad liegt z.Z. bei 905 pro 1000 infragekommende Kinder, und er hat sich als absolut zureichend erwiesen (870 000 Plätze).- Dennoch wurden im Zeitraum zwischen 1980 - 1984 noch 110 000 neue Plätze geschaffen, weitere 25 000 sind gepänt. Diese Plätze und die damit zusammenhängenden Einrichtungen wurden im Rahmen des Wohnungsbauprogramms geschaffen; sie ersetzen zugleich veraltete Einrichtungen. Im Zusammenhang mit der vorhersehbaren Geburtensituation¹ wird sich der Bedarf an Kindergartenplätzen im Zeitraum 1990 - 2000 nicht erhöhen, eher etwas reduzieren.

Lehrlinge/Berufsbildung/Freizeit²

Die demografische Situation und ihre Schwankungen wirken sich auch aus auf die künftigen Absolventen der 10. Klassen. Im Jahr 1986 werden voraussichtlich 231,4 Tausend Jungen und Mädchen den Abschluß der Klasse 10 erwerben. Diese Absolventenzahl sinkt aber in den folgenden Jahren beträchtlich; sie wird 1988 noch 214,7 Tausend betragen, 1989 auf 187,22 Tausend absinken und im Jahr 1990 auf einen Stand von 174,4 Tausend kommen.

Analog dazu reduziert sich die Anzahl der Jugendlichen, die künftig eine Berufsausbildung aufnehmen werden: 1984 gab es rund 417 000 Lehrlinge; deren Zahl wird sich aber bis 1990 um nahezu 100 000 verringern, so daß zu diesem Zeitpunkt mit nur 326 000 Lehrlingen zu rechnen ist!

Neben dieser Prognose interessieren Fragen der unmittelbaren Vergangenheit. Im September 1984 gab es z.B. unter den Lehrlingen folgende Geschlechteranteile: 57,6 männliche (= 240 000) und 42,4

¹ Die demografisch wechselhafte Situation stellt neben dem erforderlichen Volumen an Plätzen und Erziehern auch wechselnde Anforderungen an die Produktion von Kinderwagen, Kindertextilien, Kinderschuh, Babyartikeln. Die Bedarfsforschung ist hier auf enge Kooperation mit Demografen angewiesen.

² Auf diesen und den nachfolgenden Sachverhalt wird nur kurz eingegangen, da allen Mitarbeitern der Einblick in die Statistischen Kennziffern "Jugend in der DDR" möglich ist.

weibliche (= 176 000). In dieser Altersgruppe überwiegt also - unter anderem - der schon erwähnte "Jungenüberschuß" noch.

Unsere Lehrlinge stehen 1 350 Wohnheime mit rund 135 000 Betten zur Verfügung. Rund gerechnet, lebt jeder vierte Lehrling in einem Lehrlingswohnheim. Auf Grund staatlicher Unterstützungen und Zuschläge zahlt jeder Lehrling, der im Wohnheim lebt, für Unterbringung und Übernachtung und Verpflegung lediglich 1,10 Mark pro Tag. Das ist weitaus weniger als die Kosten, die ein Jugendlicher, der im Elternhaus lebt, benötigen würde!

Für die Freizeitgestaltung der Jugend gewinnen Jugendklubs der FDJ ständig an Ausstrahlungskraft. Bis Ende 1985 wird die Gesamtzahl der Jugendklubs in der DDR 9 180 betragen; die Anzahl der Plätze beläuft sich dann auf rund 440 000. Im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus werden allein 1985 weitere 150 Jugendklubs mit ca. 16 000 Plätzen errichtet. Damit wird den Wünschen weiterer Jugendlicher nach einem attraktiven Angebot für sinnvolle Freizeitgestaltung Rechnung getragen.

Fach- und Hochschulen

An 54 Hochschulen und Universitäten studierten 1984 = 129 630 Studenten, davon 64 700 weibliche Studierende aller Studienarten (Direkt-, Fern- und Abendstudium). Im selben Jahr beendeten 25 640 Absolventen ihr Studium, während es gleichzeitig 31 630 Neuzulassungen gab. Damit haben sich die Gesamtzahlen gegenüber 1979 nicht wesentlich verändert, aber der Anteil weiblicher Studierender nahm etwas zu.

Für die Ausbildung von Fachschulstudenten stehen 240 Fachschulen zur Verfügung. Hierin studierten 1984 = 163 570 junge Frauen und Männer (davon 73,4 weibliche Fachschüler). Die Neuzulassungen - es waren rund 50 000 - lagen auch hier etwas höher als die Absolvierungszahlen der Fachschulabschlüsse mit 44 900.

Zur weiteren Verbesserung der Hoch- und Fachschularbeit wurden bzw. wurden 1985 über 3 000 Hörsaal-, Seminarraum- und Arbeitsplätze sowie weitere 1 550 Wohnheimplätze für Studenten neu geschaffen. Bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Forschung und Lehre wird das Streben nach wissenschaftlichen Höchstleistungen, nach planmäßiger Weiterbildung in den theoretischen Grundlagen, in den Gesellschaftswissenschaften und in der Spezialwissenschaft mit der Verleihung wissenschaftlicher akade-

mischer Grade anerkannt. Erfolgreich abgeschlossene Promotionsverfahren zum Dr. eines Wissenschaftszweiges (Prom. A) lassen eine gute Entwicklung dieses Wissenschaftlerpotentials erkennen. Während im Jahr 1977 = 2 873 Promotionen A bestätigt wurden, erhöhte sich die Zahl weiter und betrug 1980 3 343.

Noch deutlicher entwickelte sich der erfolgreiche Abschluß von Verfahren zur B-Promotion. Damit wurden Forschungsergebnisse bestätigt, die das internationale Niveau von Wissenschaft und Technik in den betreffenden Gebieten bestimmen. Die Zusammenstellung läßt die Entwicklung, zugleich aber die ungleiche Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Promovenden erkennen:⁷

Abgeschlossene Verfahren zum Dr. sc.

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>	<u>davon Frauen in Prozent</u>
1974	279	7,5
1976	462	8,2
1978	556	9,9
1980	707	13,7

Eine besondere Rolle spielt im Sinne der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit die Aus- und Weiterbildung ausländischer Studierender. Ihre Zahl ist ebenfalls im Anstieg begriffen. Sie betrug z.B. 1970 rund 4 750, im Jahr 1975 5 440 und 1980 bereits 8 500. Die ausländischen Studenten werden gemeinsam mit Studenten der DDR ausgebildet und sind in deren Kollektive einbezogen; sie nehmen gleichberechtigt am wissenschaftlichen, gesellschaftlichen wie auch am kulturellen und sportlichen Leben der jeweiligen Studieneinrichtung teil.

⁷ An den Universitäten und Hochschulen sind 8,5 % aller Professoren und Dozenten Frauen.

V. Sozialstatistische Daten zu materiellen Bedingungen

Unsere progressive, dynamische Wirtschaftsentwicklung weist sich unter anderem im produzierten Nationaleinkommen aus. Sein Resultat schlägt sich auch nieder in der Erhöhung des gesamten Lebensniveaus der Bevölkerung, z.B. in höherer Konsumtion, gestiegenen Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke. Der Leistungsanstieg ist umso mehr zu würdigen, als er unter komplizierten politischen und ökonomischen äußeren Bedingungen zustandekommt.

Insgesamt stiegen die für Akkumulation und Konsumtion bereitgestellten Mittel in folgender Weise:

Produziertes Nationaleinkommen (Basis 1970) in Milliarden Mark

				pro Kopf/Bevölkerung
1970	117,4	=	100 %	6 884.- M
1975	152,8	=	130 %	9 067.- M
1980	187,1	=	159 %	11 176.- M
1984	222,1	=	189 %	13 322.- M

Ausgehend von der Tatsache, daß die ökonomisch-sozialpolitische Entwicklung das für die Erhöhung des Lebensniveaus bestimmende Moment ist, kam es in den oben angegebenen Zeiträumen auch zu einer erheblichen Steigerung der Geldeinnahmen der Bevölkerung. Das durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen eines vollbeschäftigten DDR-Bürgers betrug 1955 = 432.- M, 1970 755.- M. Im Jahr 1984 hatte es sich auf 1 102.- M pro Monat erhöht.

Analog dazu stiegen auch die Sparguthaben. Einzelergebnisse sind verständlicherweise nicht bekannt, jedoch die Gesamtsumme aller Spareinlagen. Diese betrug bei unseren Kreditinstituten

im Jahr 1960	=	17,5 Milliarden Mark		
1970	=	52,1	"	"
1980	=	99,7	"	"
1984	=	118,7	"	" ¹

das bedeutet - gegenüber 1970 - eine Steigerung auf 228 Prozent.

In entsprechender Weise wuchs auch die Höhe der Haushalteinkommen unserer Familien beträchtlich. Dies sicherte allen Bürgern ein gutes Niveau ihrer Konsumtionsfähigkeit und einen zugleich wachsenden Bestand mit langlebigen hochwertigen Industriewaren und Kulturgütern.

Zum Vergleich auch hier einige Jahresdurchschnitte:

1970 belief sich das Haushalt-Nettoeinkommen auf 1031.- M pro Monat. 1976 waren es 1343.- M. Im Jahr 1980 wurde ein statistischer Durchschnitt von 1490.- errechnet, und für 1984 betrug es 1653.- M netto. Das durchschnittliche Jahreseinkommen in den DDR-Familien wurde für 1983 mit 20 220.- Mark angegeben.

Darüber hinaus erhalten die Familien aus gesellschaftlichen Fonds für die Stabilisierung der niedrigen Mieten, der Preise für Grundmittel, Zuschüsse für Verkehrsmittel, subventionierte Kinderartikel und anderes erhebliche Summen, die sich nicht direkt im Lohnbeutel zeigen. Im Jahr 1985 betragen diese Zuwendungen für einen 4-Personen-Haushalt pro Monat 900.- Mark. (!)

An Jahresendprämien wurden für Werktätige aus der zentralgeleiteten Industrie und dem Bauwesen durchschnittlich 850.- M gezahlt.

Insgesamt stieg das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten zwischen 1980 und 1984 um 14,3 %.

¹ Allerdings ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Denn der Warenfonds - die "Warendecke" - ist wesentlich geringer als der vorhandene Geldfonds, damit sind Kaufkraft und Warenbereitstellung nicht ausbalanciert!

Gleichzeitig ist die Einkommensstruktur - nach Beschäftigung und Wirtschaftsbereich - bei kontinuierlicher Erhöhung - noch immer differenziert. Darüber gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Einkommensstruktur nach Wirtschaftsbereichen (Auszug)

- durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen je Beschäftigten

Bereich	1965	1970	1975	1980	1985
Industrie	656.-	770.-	895.-	1039.-	1099.-
Land/Forstw.	573.-	710.-	886.-	1000.-	1040.-
Handel	536.-	668.-	798.-	905.-	959.-
Verkehr	672.-	806.-	990.-	1127.-	1189.-

Damit hat sich zwischen 1965 und 1983 das Einkommen um durchschnittlich 460.- Mark erhöht.

Mit diesen Lohn- und Einkommenssteigerungen geht eine deutliche Verstärkung und Veränderung der Bedürfnisstruktur vor sich, die sich in vielerlei Hinsicht äußert und die mitunter größer oder andersartig ist, als die volkswirtschaftlich gegenwärtigen Möglichkeiten das zulassen (z.B. Wunsch nach PKW-Besitz, nach Möbeln, auch Gefrierschränken u.a.). Ungeachtet dessen veränderte sich die Haushaltsausstattung der Bürger inzwischen beträchtlich:

Ausstattung je 100 Haushalte mit Industriewaren

	1955	1970	1984
PKW	0,2	15,6	45,9
HH-Kühlschrank	0,4	56,4	131,2 (Mehrfachausstattung)
Waschmaschine	0,5	53,6	96,7
FS-Empfänger	1,2	73,6	115,5 (Mehrfachausstattung)

Alle diese Gegenstände sind in den Familien differenziert je nach Sozialstruktur vorhanden.

Hierzu liegen Angaben aus dem Jahr 1982 vor, aus welchen ersichtlich ist, daß beispielsweise der Besitz von PKW bei PGH-Mitgliedern mit 80 %, bei LPG-Mitgliedern mit 66 %, bei Angestellten mit 58 % und bei Arbeitern mit 40 % registriert wurde.

Farbfernsehgeräte waren zu diesem Zeitpunkt in 24 von 100 Haushalten vorhanden, davon mit 22 % in Arbeiterhaushalten, mit je 32 % in Angestelltenhaushalten und LPG-Familien, in 16 % bei Rentnern.

Der hohe gesellschaftliche und private Bedarf einschließlich der Exportverpflichtungen stellten an die Produktion dieser Konsumgüter höchste Anforderungen. Am Ergebnisvergleich der Jahre 1984 zu 1970 zeigte sich bei Kühlschränken, Waschmaschinen und Fernsehgeräten eine Verdoppelung, während die Produktion bei PKW um rund 50 % anstieg.

Produktion wichtiger Konsumgüter in 1000 (gerundet)

Jahr	HH-Kühlschrank	Waschmaschine	FS-Empfänger	PKW
1960	138,6	132,5	416,5	84,0
1970	380,3	254,5	380,2	126,6
1980	636,6	468,0	578,3	176,8
1983	762,7	503,6	667,0	188,0

Auch Dienstleistungen und Reparaturen entsprachen mit gesteigerten Leistungen zunehmend mehr dem gewachsenen Bevölkerungsbedarf. Inzwischen erhöhten sich handwerkliche Leistungen gegenüber 1960 auf das Doppelte; die Dienstleistungen und Reparaturen für den persönlichen Bedarf der Bürger hatten 1970 ein Gesamtvolumen von 1750 Millionen Mark und 1984 nach einer Steigerung auf 235 % ein Volumen von 4 127 Millionen Mark, ohne jedoch den erforderlichen Bedarf in einigen wichtigen Gewerken decken zu können.

Dienstleistungen für Fertigwäsche zum persönlichen Bedarf betragen 1970 = 6,6 kg pro Kopf der Bevölkerung; 1984 aber bereits 12,2 kg; auch hier allerdings wieder mit deutlicher territorialer Differenzierung. Im Bezirk Suhl wurden 9,2 kg Fertigwäsche pro Kopf erledigt, in Karl-Marx-Stadt 10,6 kg, in Potsdam 11,1 kg, im Bezirk Magdeburg waren es 13,7 kg und in der Hauptstadt Berlin sogar 24 kg.

Wohnungen

Der größte Bedarf der Bevölkerung bestand und besteht bezüglich der Verbesserung der Wohnsituation. Insofern wurde das Wohnungsbauprogramm völlig zu Recht als das Kernstück der Sozialpolitik erkannt und erklärt. Noch große Anstrengungen sind trotz der enormen Fortschritte nötig, um bis 1990 die Wohnungsfrage als soziale Frage zu lösen, gleichzeitig aber auch die Instandhaltung der gegenwärtigen Wohnsubstanz zu gewährleisten und schließlich dem Neubau zugeordnete Bauten gesellschaftlicher und bildungsmäßiger Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Kinos) und Versorgungseinrichtungen und Stätten der Dienstleistung (Kaufhallen, Gaststätten, Jugendklubs, Wäschereien, Dienstleistungszentren u.a.) zu gewährleisten. Alle diese Maßnahmen nehmen großen Einfluß auf die Lebenszufriedenheit der Menschen, stellen ein hochrangiges soziales Bedürfnis dar und sind ein Politikum, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Im Rahmen der Vorbereitung des XI. Parteitages sollte das bisher Geleistete den Blick für die bisherige erfolgreiche Entwicklung schärfen!

1971 gab es in der DDR 6 057 032 Wohnungen, davon in der Hauptsache Zweiraumwohnungen. Im Ergebnis der Volkszählung wurden im Jahr 1981 6 562 467 Wohnungen gezählt und Ende 1984 belief sich der Wohnungsbestand auf 6 817 968 Wohnungen, zumeist Dreiraumwohnungen. Jede Wohnung wird - statistisch gesehen - mit 2,44 Personen belegt. Entsprechend den Zählergebnissen der VBWZ von 1971 und 1981 vollzog sich auch in der Ausstattung der Wohnungen eine deutlich qualitative Veränderung. Beispiele: Ein modernes Heizsystem hatten im Jahr 1971 = 11 %, 1981 aber 36 % aller Wohnungen. Mit Warmwasser waren 1971 = 26 %, zehn Jahre darauf schon 64 % versorgt. Bad oder Dusche waren 1971 bei 39 %, 1981 bei 68 % vorhanden.

Der erwähnte Wohnungsbestand sagt jedoch nicht genügend darüber aus, wie die Bautätigkeit insgesamt einzuschätzen ist. Rechnerisch wären zwischen 1971 und 1984 "nur" 761 000 Wohnungen hinzugekommen; in Wirklichkeit muß aber die gesamte Ersatzleistung für die nicht mehr bewohnbare oder vorhandene Bausubstanz hinzugerechnet werden. Insofern liegt das reale Wohnungsbau-Aufkommen weitaus höher, denn tatsächlich wurden etwa 2,4 Millionen Wohnungen geschaffen, also entweder neu errichtet oder modernisiert; demzu-

folge mußten sehr hohe Anteile verlorengegangener Bausubstanz ersetzt werden!

Infolge der gestiegenen Ansprüche junger Bürger werden selbst bisher leerstehende Wohnungen von Wohnungssuchenden stärker als früher abgelehnt, wenn sie den Erwartungen nicht entsprechen. So ist auch der Anteil leerstehender Wohnungen in den vergangenen Jahren gestiegen.

Nicht unbeträchtlich ist z.Z. auch noch der Anteil vorhandenen Wohnraumes, der zweckentfremdet durch Betriebe und Institutionen genutzt wird, obwohl viele Anstrengungen unternommen werden, diese Situation weiter zu reduzieren. -

Mit dem von Genossen Erich Honecker angekündigten Vorhaben, zwischen 1986 und 1990 nochmals etwa eine Million Wohnungen zu bauen, wird der Zielstellung des sozialpolitischen Programms entsprochen, erhalten weitere 5 Millionen Bürger neue oder bessere Wohnbedingungen. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Bauleistungen (die durchschnittliche Bauzeit pro Wohnungseinheit beträgt jetzt 7,4 Monate) durch innerstädtisches Bauen unter häufig sehr komplizierten Bedingungen noch höheren Anforderungen bezüglich der Technologie unterworfen sind, als dies die bloßen Zahlen aufweisen. Die bisher aufgewendeten Mittel für fertiggestellte Wohnungen betragen im Jahr 1971 = 4 021 Millionen, 7 050 Millionen, 1984 = 8 825 Millionen Mark.

Wie bekannt, erstreckte sich die Bautätigkeit auf alle Gebiete und Territorien, auf Städte und Gemeinden der DDR, die aber in unterschiedlich hohem Maße im Hinblick auf verschieden hohen Bedarf und auf die Einwohnerzahl mit Wohnungen versorgt werden konnten und werden können. Der gegenwärtige Stand (Ende 1984) läßt das erkennen:

Im jeweiligen Bezirk errichtete Wohnungen (Auszug, gerundet)

Bezirk Karl-Marx-Stadt	25 000	Hauptstadt Berlin	23 500
Bezirk Leipzig	19 400	Bezirk Dresden	20 000
Bezirk Potsdam	11 400	Bezirk Rostock	10 000
Bezirk Frankfurt/O.	8 600	Bezirk Schwerin	6 500
Bezirk Suhl	5 600		

Die meisten Bürger leben unter guten bis sehr guten Wohnbedingungen, insbesondere jene, die wohnungsmäßig als endversorgt gelten können. Junge Ehepaare haben dem gegenüber noch Wünsche, die sie nicht selten auch in Verbindung mit ihrem Kinderwunsch artikulieren. Dennoch ist den allermeisten jungen Paaren bewußt, daß die Wartezeiten sich verkürzen und daß diese im Vergleich zur Situation in Ungarn, Bulgarien und Polen als überaus günstig einzuschätzen ist.

Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren, Nahrungs- und Genusmitteln

Der Anstieg des Lebensniveaus kann, neben anderem, auch gemessen werden am Einzelhandelsumsatz pro Kopf der Bevölkerung. Hier bestimmt das Preisniveau die Umsatzsumme.

Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für Industriewaren und Lebensmittel in Mark und Jahr

Jahr	insgesamt	f. Nahrungs-/Genusm.	f. Industriewaren
1970	3 755.-	2 097.-	1 658.-
1975	4 861.-	2 522.-	2 339.-
1980	5 974.-	2 998.-	2 976.-
1984	6 518.-	3 320.-	3 198.-

Unsere Bevölkerung gab im Jahr 1984 51 % des Einzelhandelsumsatzes für Nahrungs- und Genussmittel, 2,8 % für Schuhe, 12,2 % für Textilien und Bekleidung und 34 % für sonstige Industriewaren aus.

Die Anteile an den Gesamtausgaben der Haushalte stellen sich selbstverständlich etwas anders dar, weil hier ja auch Dienstleistungen, Energiekosten u.a. anfallen. Im Jahr 1984 wurden durchschnittlich pro Haushalt 24,4 % für Nahrungsmittel, 22,6 % für Industriewaren außer Schuhe und Bekleidung, 10 % für Genussmittel, aber lediglich 2,8 % für Mieten (!) und 1,5 % für Strom und Gas ausgegeben.

Diese Ausgaben differieren stark in bezug auf die Einkommensgruppen der Bürger. Obwohl neueste Zahlen dazu nicht verfügbar waren, weist die Wirtschaftsrechnung für das Jahr 1980 exemplarisch auf den vom Einkommen abhängigen unterschiedlichen Verbrauch, z.B.

bei Nahrungs- und Genußmitteln hin. Die Unterschiede sind unübersehbar.

Jahresangaben für den Einkauf/Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln in 3-Personen-Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in Mark

	<u>Einkommensgruppe in Mark pro Jahr</u>		
	untere 10 000.-	mittlere 17 500.-	obere 30 000.-
für Nahrungsmittel insgesamt	3 537.-	4 722.-	6 217.-
davon Fleisch- und Wurstwaren	980.-	1 349.-	1 620.-
.....			
für Genußmittel insgesamt	1 060.-	1 815.-	2 642.-
davon für Spirituosen	137.-	310.-	478.-

Eine andere, nicht weniger aufschlußreiche Differenzierung ergibt sich bei der Frage nach der Familiengröße: Im allgemeinen unterscheiden sich die Ausgabenpositionen für einen kinderlosen Haushalt sehr gravierend von denen mit mehreren Kindern. Rechnet man den kinderlosen Haushalt mit einem Index = 1,0, so beträgt nach der Statistik für Wirtschaftsrechnungen das Ausgabenniveau für Nahrungsmittel in der 1-Kind-Familie¹ 0,77, in der Zweikinderfamilie 0,67, in der Familie mit drei Kindern 0,63 und in der mit vier Kindern 0,58. Das bedeutet, daß, je größer die Familie ist, umso mehr reduziert sich die durchschnittliche Ausgabe pro Familienmitglied (Ausnahme bei Trinkmilch!) für die entsprechenden Lebensmittel. Dahinter verbergen sich aber keinesfalls irgendwelche Versorgungsmängel in den größeren Familien! Eher ist auf zu großen Verbrauch in bestimmten Ehen/Familien zu schließen.

¹ Analog träfe das auch zu für andere, in den Familien lebende Personen, die nicht berufstätig sein können, also über kein eigenes Einkommen verfügen.

Die Vergleichsstatistik (hier auszugsweise) zwischen 1955 und 1984 deutet auf ziemlich hohe Verbrauchergewohnheiten hin.

Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln (gerundet)

	1955	1970	1975	1980	1984 ¹
Fleisch und Wurst	45,0 kg	66,1 kg	77,8 kg	89,5 kg	<u>94,4 kg</u>
Eier und Ei-Erzeugn.	116 St.	233 St.	269 St.	289 St.	303 St.
Butter	9,5 kg	11,2 kg	10,3 kg	10,9 kg	9,8 kg
Käse	-	4,6 kg	5,5 kg	7,5 kg	8,3 kg
Obst	-	55,5 kg	66,6 kg	71,1 kg	68,1 kg
Zucker(waren)	27,4 kg	34,4 kg	36,8 kg	40,6 kg	39,1 kg
Kakaoerzeugn.	-	2,4 kg	3,0 kg	3,4 kg	4,2 kg
Bohnenkaffee	0,3 kg	2,2 kg	2,4 kg	2,8 kg	3,3 kg
Zigaretten Stck.	1 042	1 257	1 451	1 720	<u>1 845</u>
Wein und Sekt	1,7 l	5,0 l	7,4 l	9,6 l	10,9 l
Bier	68,5 l	95,7 l	119,7 l	139,1 l	<u>142,2 l</u>
Spirituosen	4,4 l	6,6 l	8,6 l	12,3 l	<u>14,5 l</u>
Alkohol 11 %	-	6,1	8,0	10,1	10,2

Auffallend sind: Ein leichter Rückgang im Butterverzehr, bei Zucker und Obst (hier vermutlich witterungsbedingt), hingegen ein weiter steigender Verbrauch an Kaffee und Schokolade, vor allem aber ein immer noch ständiger Anstieg bei Zigaretten und bei alkoholischen Getränken (hier wiederum vor allem Spirituosen).

Mit letzterem werden Fragen der gesunden Lebensführung berührt, die darauf hindeuten, daß die Propaganda für gesundheitsdienliche Verhaltensweisen noch keinen durchschlagenden Erfolg verzeichnen kann.

Zu den Konsumenten von Zigaretten und Alkohol rechnen nicht wenige Jugendliche - selbst jüngerer Alterstufen - was Mediziner und

¹ Entsprechend der Berichterstattung auf dem 11. Plenum des ZK hat sich der Verbrauch von Fleisch pro Kopf auf 96 kg im Jahr 1985 erhöht.

Pädagogen zunehmend veranlaßt, auf die Folgeschäden immer wieder hinzuweisen, ihre erzieherischen Bemühungen zu verstärken und Eltern, Betriebe, Jugendorganisation und Schulen als Verbündete zu gewinnen.

Umfragen bei Personen ab 15. Lebensjahr ergaben, daß fast 95 % zum Verbraucherkreis alkoholischer Getränke zählen. Auch was den Verbrauch von Zigaretten anbetrifft, so ist die statistische Zahl lediglich ein Durchschnittsmaß - sie schließt ja alle Einwohner - also auch die Säuglinge - mit ein. Mithin ist der reale Konsum von Tabakwaren durch Jugendliche und Erwachsene höher als der Durchschnitt.

Für das allgemeine Ernährungsverhalten trifft vermutlich noch immer die Denkweise zu, wonach Wohlstand sich auch in zunehmender kalorienreicher Ernährung ausdrückt.

VI. Gesundheitspolitik - Gesundheitsprobleme

Insgesamt kann das Gesundheitswesen der Republik gute Fortschritte verzeichnen. Frühere Volkskrankheiten wie TBK, Poliomyelitis, Pocken und andere sind eliminiert bzw. können erfolgreich beherrscht werden. Viele neue Kliniken, Krankenhäuser, Polikliniken, Ambulatorien wurden neu errichtet, vergrößert, ausgebaut und mit moderner medizinischer Technik ausgestattet.

Auf der Grundlage eines umfassenden und einheitlichen Versicherungssystems erhalten alle DDR-Bürger jegliche Arten medizinischer Betreuung und Versorgung kostenfrei sowie Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit in Höhe von 90 % des auf einen Arbeitstag entfallenden Netto-Durchschnittsverdienstes.

Für die ärztliche Versorgung standen der Bevölkerung 1984 18 500 Ärzte zur Verfügung (1970 = 10 690). Die Erhöhung des Ärztebestandes bot die Voraussetzung dafür, daß die Zahl der von ihnen zu betreuenden Einwohner reduziert werden konnte. So wurde ein günstigerer Versorgungsgrad gewährleistet.

Über den statistischen Stand der ärztlichen Betreuung in sozialistischen und kapitalistischen Ländern liegen Vergleichszahlen von 1980 vor. Sie demonstrieren u.a. auch die Position der DDR.

Internationaler Vergleich: Einwohner je Arzt (Stand 1980)

<u>sozialistische Länder</u>		<u>kapitalistische Länder</u>	
UdSSR	289	BRD	451
CSSR	395	Schweden	498
Ungarn	434	Dänemark	512
DDR	494 ¹	Niederlande	583
Polen	605	Frankreich	613
Rumänien	738	Finnland	623
		Großbritannien	653

Jährlich werden in den Krankenhäusern der DDR etwa 2,3 Millionen Behandlungsfälle registriert. Etwa 14 % unserer Bevölkerung werden im Durchschnitt pro Jahr stationär betreut. Das Schwergewicht liegt dabei in den Richtungen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Kinderheilkunde. Diese Fachrichtungen erfassen fast 80 % der stationären Patienten. In diesem Zusammenhang interessiert ein Vergleich der Krankenhausbetten je 10 000 Einwohner:

Vergleich der Krankenhausbetten (Stand 1980) je 10 000 Einwohner in sozialistischen und kapitalistischen Ländern

<u>sozialistische Länder</u>		<u>kapitalistische Länder</u>	
CSSR	123	Finnland	153
UdSSR	121	Schweden	149
DDR	105	BRD	116
Ungarn	88	Frankreich	106
Bulgarien	87	Italien	104
Polen	76	Großbritannien	87
		
		USA	63 (1)

¹ DDR 1984 = 450

Die ambulanten Einrichtungen des Gesundheitswesens registrierten jährlich ca. 66 Millionen Neuzugänge und mehr als 150 Millionen ärztliche Konsultationen; das sind im Durchschnitt etwa 9 Arztbesuche je Einwohner und Jahr; hinzu kommen noch rund 8 Millionen ärztliche Hausbesuche.

Die Zahl der stomatologisch Betreuten ist im Anstieg begriffen und nimmt jährlich etwa um 6 % zu. Im Jahr 1982 gab es rund 28 Millionen stomatologische Konsultationen, davon 8 Millionen für Kinder. In diesem Zusammenhang kann auf die angestiegene Betreuungsmöglichkeit durch zusätzliche Zahnärzte hingewiesen werden. Wurden beispielsweise 1970 2 320 Einwohner von einem Zahnarzt betreut, so betrug der Betreuungsfaktor im Jahr 1984 "nur" noch 1 470.

Insgesamt ist die Betreuungsmöglichkeit differenziert, das hängt größtenteils auch vom Krankheitsvorkommen ab. In der DDR kamen im Jahr 1982

in der Allgemeinmedizin	auf 2 011 Einwohner ein Arzt
in der Inneren Medizin	auf 9 279 Einwohner ein Arzt
in der Gynäkologie (14-45jähr.)	auf 7 488 Frauen ein Arzt
in der Chirurgie	auf 19 234 Einwohner ein Arzt
in der Kinderheilkunde	auf 1 927 Kinder und Jugendliche ein Arzt

Arbeitsunfähigkeit

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit betrug 1983 für männliche Personen 15,4 Tage, für weibliche 16,2 Tage. Wie in den vergangenen Jahren, war die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage nach Altersgruppen unterschiedlich: Je älter, umso höher. Bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 5,91 % insgesamt ergab sich folgendes Bild:

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitsdauer in Tagen nach Altersgruppen und Geschlecht (SV-Patienten)

	<u>männlich</u>	<u>weiblich</u>
unter 25 Jahre	9,9	10,8
25 - unter 30 Jahre	11,5	12,8
30 - unter 40 Jahre	13,4	14,4
40 - unter 50 Jahre	17,2	18,0
50 - unter 60 Jahre	23,3	23,3

Die Arbeitsunfähigkeit variiert auch nach Art und Weise der beruflichen Tätigkeit. Sie lag in den Fachrichtungen Metall, Bau/Holz am höchsten bei Männern und Frauen. Den niedrigsten Stand hatte sie bei Männern im Gewerkschaftsbereich Unterricht/Erziehung und bei Frauen, die als Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft tätig waren.

Unfälle

Eine wesentliche Ursache für Arbeitsunfähigkeit bilden neben den Erkrankungen die Unfälle. Durch bessere Beachtung und strengere Kontrollen jeglicher Schutzmaßnahmen und -vorschriften konnten Unfälle insgesamt eine rückläufige Tendenz verzeichnen. Die folgende Tabelle informiert über die Entwicklungen:

Meldepflichtige Unfälle und Unfallhäufigkeit in Tausend

	1955	1965	1975	1980
Zahl der Unfälle mit mehr als drei Ausfalltagen	393,9	362,5	276,9	251,5
.....				
Unfälle pro 1000 Beschäftigte	49,5	45,1	33,0	29,0

Mehr als die Hälfte aller Unfälle treten auf bei Transportarbeiten, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten und Montagearbeiten.

Zum Unfallgeschehen tragen nach wie vor Straßenverkehrsunfälle bei. Auch diese haben - trotz höherem Verkehrsaufkommen - einen rückläufigen Trend. 1970 gab es 52 200 Straßenverkehrsunfälle mit 2 140 Toten und über 46 200 Verletzten.

1984 waren es 47 160 Straßenverkehrsunfälle, die zu 1 611 Toten und 41 400 Verletzten führten. Trotz der Reduzierung insgesamt betreffen solche Unfälle zunehmend häufig die Altersgruppe 6 bis 10 Jahre, 14 bis 18 Jahre und 25 bis 40 Jahre. Der deutlichste Anstieg ist bei verletzten Kradfahrern im Alter von 14 bis 18 Jahren (zumeist männlich) zu beobachten.

Geschlechtskrankheiten

Die Anzahl der unter Aufsicht stehenden HwG-Personen ist relativ gering; sie beträgt jetzt rund 1 200.

Seit den 60er Jahren wird weltweit ein erneuter Anstieg der venereischen Erkrankungen registriert. Im Jahr 1979 wurden in der DDR die höchsten Erkrankungsziffern der Nachkriegsjahre an Gonorrhoe nahezu wieder erreicht:

Entwicklung der Geschlechtskrankheiten ab 1947 je 100 000 der Bevölkerung

	<u>Tripper</u>	<u>Syphilis</u>
1947	303	220,0
1967	107	2,0
1975	233	2,2
1979	302	5,4

Neuere Zahlen deuten darauf hin, daß sich die Lage in den darauffolgenden Jahren bezüglich der GO-Erkrankungen nicht wesentlich geändert hat. 1983 gab es 50 300 Erkrankte, das sind 301,2 je 100 000. Hingegen wurde die Syphilis weitaus besser beherrscht mit 2,6 gegenüber 1979 mit 5,4.

Innerhalb der einzelnen Bezirke ist die Anzahl bzw. der Anteil der erkrankten Personen unterschiedlich, was auch von der Gesamtbevölkerungszahl mit abhängt. Berlin meldete z.B. 6 865 GO-Erkrankungen, Dresden 4 994, dagegen Neubrandenburg 1 243 und Gera 946.

Jugendgesundheitsschutz - spezielle Fragen

Allein 1985 erhielten über 64 000 Kinder und Jugendliche eine kostenlose Heil- bzw. prophylaktische Kur im In- und Ausland. Für psychisch geschädigte Jugendliche gibt es umfangreiche Dispen-sairebetreuung. Besondere Unterstützung erhalten psychisch schwer oder schwerstgeschädigte Schulabgänger bei der Berufswahl und bei der Bereitstellung von geschützten Arbeitsplätzen. Den geschädigten Jugendlichen stehen über 500 Sonderschulen zur Verfügung.

Im Jahr 1983 wurden rund 153 000 Kinder und Jugendliche mit geistigen Störungen erfaßt, das sind 38,3 je 1000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (ein Anstieg gegenüber 1982 um 0,8 %).

Die Zahl der Körperbehinderten mit Seh- und Hörfehlern belief sich 1983 auf 318 500 Personen; je 1000 Kinder und Jugendliche sind das 79,8. Alle diese Jungen und Mädchen befinden sich in ständiger ärztlicher Obhut und Betreuung.

Umweltproblematik

Kontamination (Vermischung) der Lebensmittel mit Pflanzenschutzmittelrückständen einschließlich Toleranzüberschreitungen:

Jahr	Zahl der Bestimmungen	Kontaminationsgrad in %	Toleranzwertüberschreitung
1980	42 700	15,2	2,9
1981	35 500	19,5	2,8
1982	40 900	17,3	3,0
1983	41 200	19,3	3,3

Zwischen importierten Lebensmitteln und solchen aus der inländischen Produktion bestanden in dieser Hinsicht keine Unterschiede. Die Differenzen waren hingegen beträchtlich zwischen pflanzlichen Lebensmitteln (15 %) und tierischen Lebensmitteln (43,6 %).

Bei Säuglings- und Kindernahrungsmitteln wurden die festgelegten Toleranzgrenzen in keinem Falle überschritten!

Im Rahmen weiterer Fremdstoffuntersuchungen war die Zunahme von Überschreitungen für das biogene Amin Histamin auffällig, was insbesondere im Zusammenhang mit Fischwaren beobachtet wurde.

VII. Anhang:

Religiöse Einrichtungen

Laut Handbuch der DDR 1984 sind von den Mitgliedern des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR etwa 2,2 Millionen Einwohner Kirchenglieder der Landeskirche Sachsen mit 1 026 Pfarrern; die ev.-luth. Kirche Thüringens zählt rund 1,1 Millionen und die ev.-luth. Landeskirche Mecklenburg rund 800 000 Kirchenglieder.

Die Zahl der in der DDR lebenden Katholiken wird mit etwa 1,2 Millionen beziffert. In 300 Klöstern und adäquaten Niederlassungen leben 63 Ordensbrüder und 3 348 Ordensschwwestern; die meisten arbeiten caritativ.

Theologen werden an entsprechenden Sektionen der Universitäten Leipzig, Greifswald, Halle-Wittenberg, Berlin und Jena ausgebildet, wofür unser Staat jährlich etwa 4 Millionen Mark aufwendet.

Die Einkommen der Kirchen resultieren aus den Kirchensteuern und aus dem kriehlichen Grundbesitz von ca. 200 000 ha.

Evangelische Anstalten wurden zu echten Partnern der staatlichen Einrichtungen. 1981 gab es 45 kirchliche Krankenhäuser und 107 Heime für körperlich und geistig Behinderte, des weiteren 22 Sontagesstätten für geistig Behinderte und 274 Alters- und Pflegeheime zur ständigen Pflege bedürftiger Schwerstbehinderter oder schulbildungsunfähiger Kinder. Unser Staat unterstützt diese Einrichtungen durch kostendeckende Pflegesätze.

1975 vereinbarten Staat und Kirche die Ausbildung von medizinischem mittlerem Personal an den Fachschulen und die Vergabe spezieller Hochschulstudienplätze wie auch die Ausbildung von Facharbeitern für Krankenpflege.

VIII. Quellen:

Bericht der Nationalen Kommission der DDR zur Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Jahres der Jugend. Manuskriptdruck, 1985

Frauen der ganzen Welt. Aus: Z. des IdPF. In: Informationen des Wiss. Rates Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin, 1985

Handbuch der DDR. Verl. Bibliografie, Leipzig, 1984

Honecker, E.: Abdruck aus "Prawda" in ND v. 18.10.85

Informationen über das Vorkommen von Geschlechtskrankheiten in der DDR, Min. f. Gesundheitswesen, Dresden, 1981

Informationen des Wiss. Rates: Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft, Heft 2/1985, Berlin

ISS (Inst. f. Soziologie und Sozialpolitik) - Daten zur Familienentwicklung, Berlin, 1983 (VD Nr. 39/83)

Jahrbuch für das Gesundheitswesen der DDR, Berlin, 1984

König, H.: Zu Jugendklubs in der DDR, aus ND v. 24.10.1985

Krause, I.: Demografische Informationen Nr. 23, 24, 25 - Hausmitteilungen des ZIJ

Lange, J.: Referat: Zur Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages - Anforderungen an die Arbeit mit den Frauen in Vorbereitung des XI. Parteitages, Kleinmachnow, 22.-26.4.1985, Manuskriptdruck

Magyar, E.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in der DDR, I: Forschungen zur soz. Berufsbildung, 3/1985

Statistisches Taschenbuch der DDR, Staatsverlag, 1985

Stempell, D.: Weltbevölkerung 2 000, Urania-Verlag, 1985

Studienhinweise zum Parteilehrjahr 1985/86 der SED, Dietz-Verlag, 1985

Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der BRD, Institut der deutschen Wirtschaft, Essen, 1981

sowie eigene Berechnungen des Verfassers